

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe April & Mai 2015

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- Angelika Hellemann, Martin S. Lambeck, Alexander Rackow, Pablo Silalahi: **Brauchen wir mehr Schweiz in Deutschland?**
- Manfred Reinnarth: **Stadtrat fordert Stopp der TTIP-Verhandlungen**
- Deutscher Bundestag: **Freihandelsabkommen TTIP entzweit Experten**
- Rolf-Henning Hintze: **Die Politik hat die verfassungsrechtliche Anstößigkeit von CETA und TTIP bisher ausgeblendet**
- R.-H. Hintze / A. Fischer-Lescano: **Eine solche Generalermächtigung darf es nicht geben**
- Spiegel-online: **Freihandelsabkommen TTIP: Gutachten stuft Schiedsgerichte als verfassungswidrig ein**
- Alexandra Endres und Lukas Koschnitzke: **Wie Konzerne Staaten vor sich hertreiben**
- Solidar-Werkstatt: **TTIP und Geopolitik: Global gegen Protektionismus und staatliches Eigentum**
- Werner Wüthrich: **Islands Weg aus der Finanzkrise**
- Karl-Heinz Roth: **Die griechische Tragödie und die Krise Europas**
- Maren Christoffer: **Warum JP Morgan 10'000 Tonnen Silber anhäuft**

Zitat des Monats von [Olaf Ragnar Grimsson, Staatspräsident Islands](#):

Nicht auf die Finanzmärkte hören, sondern auf das Volk.

- Angelika Hellemann, Martin S. Lambeck, Alexander Rackow, Pablo Silalahi: **Brauchen wir mehr Schweiz in Deutschland?**

In der 'Bild am Sonntag' gab es im Februar 2014 anlässlich des Schweizer Volksentscheids zur Zuwanderung eine [Umfrage unter Politikern zur Frage, ob wir mehr Volksentscheide auf Bundesebene brauchen](#). Die Nachricht ist nicht mehr taufrisch, aber in den grundsätzlichen Beiträgen trotzdem interessant, um die Haltung unserer Parteien zu verstehen (Red.): Seehofer (CSU) gibt sich sehr aufgeschlossen, wobei sein Handeln auf diesem Gebiet nicht erkennen lässt, dass es ihm unter den Nägeln brennt (Red.). Fahimi (SPD) äußert sich leicht positiv, aber absolut unverbindlich. Özdemir (DieGrünen) betont, dass bei Volksentscheiden nicht die Grundrechte zur Diskussion stehen dürften, womit er zu erkennen gibt, dass er unser Grundgesetz kaum kennt: es ist in seinen Grundrechten ohnehin unveränderlich (Red.). 'Die Linke' fordert, dass Volksentscheide in allen europäischen Ländern gleichzeitig stattfinden sollten, damit der eigentliche Souverän zu Wort komme - womit sie zu erkennen gibt, dass sie völkerrechtlich keine Ahnung hat: es gibt keinen europäischen Souverän (Red.). Lindner (FDP) bekennt, dass er keine Angst vor dem Volk habe (wie schön, Red.). Lucke (AfD) bekennt sich deutlich zu Volksentscheiden. Tauber (CDU) lehnt Volksentscheide auf Bundesebene ab, was immerhin eine klar grundgesetzwidrige Position ist (Red.). Der Parteienforscher Jürgen Falter lobt die Bürger, die Volksentscheide wünschten, weil es ja um ihre Steuern gehe. Alles in allem: die Profis haben überwiegend kaum Ahnung davon, worum es geht (Red.).

[Inhalt](#) ↑

- Manfred Reinnarth: **Stadtrat fordert Stopp der TTIP-Verhandlungen**

Der Rat der Stadt Köln hat eine auf einen Bürgerantrag zurück gehende Resolution mit großer Mehrheit verabschiedet, die die Befürchtung ausdrückt, "dass CETA, TTIP und TISA die [demokratische Handlungsautonomie von Kommunen deutlich einschränken](#) und weitreichende negative Folgen für die Unabhängigkeit der Justiz und für europäische Standards im Sozialbereich und bei Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutz, Umwelt- und Lebensmittelstandards haben würden". Der Rat fordert einen Stopp der Verhandlungen an den Abkommen.

[Inhalt](#) ↑

- Deutscher Bundestag: **Freihandelsabkommen TTIP entzweit Experten**

Positive Erwartungen, beträchtliche Sorgen, komplette Ablehnung: Das geplante europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP stieß 16. März 2015 unter Experten bei einer [öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie](#) auf ein geteiltes Echo. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Klaus Barthel sah den Bundestag vor noch vielen Beratungsstunden, da "bis jetzt nur Grundzüge" zu erkennen seien. Die EU-Kommission strebe an, dass es bis Ende dieses Jahres ein "Grundgerüst" für TTIP gebe, sagte ihr Vertreter Lutz Güllner.

[Inhalt](#) ↑

- Rolf-Henning Hintze: **Die Politik hat die verfassungsrechtliche Anstößigkeit von CETA und TTIP bisher ausgeblendet**

Strittigster Punkt der beiden Handelsabkommen CETA und TTIP ist die darin vorgesehene [Schiedsgerichtsbarkeit nach dem ISDS-Mechanismus](#). Trotz des an der SPD-Basis partiell spürbaren starken Widerstands rechnet Prof. Axel Flessner, emeritierter Rechtsprofessor der Berliner Humboldt Universität, damit, dass die SPD im Bundestag mehrheitlich für CETA stimmen wird. Er sieht in diesem Fall aber Chancen, dass das Bundesverfassungsgericht den Bundespräsidenten hindern könnte, das Zustimmungsgesetz zu unterzeichnen.

Über 17'000 Bundesbürger unterstützen bislang eine [Verfassungsklage gegen CETA](#). Parlamentarier erhalten nach einer Vertraulichkeitserklärung nur Einsicht in bereits bekannte Dokumente in einem Leseraum, [ohne etwas aufzeichnen zu können](#).

[Inhalt](#) ↑

- R.-H. Hintze / A. Fischer-Lescano: **Eine solche Generalermächtigung darf es nicht geben**

Es gibt mit den Menschenrechtsgerichtshöfen bereits Institutionen, die überstaatlich auch das Eigentumsgrundrecht schützen. Sie tun das in einer ausgewogenen Weise unter Einbeziehung von Gemeinwohlbelangen. Daneben [spezielle Investitionsgerichte zu etablieren, schwächt den allge-](#)

[meinen Menschenrechtsschutz](#) und verstärkt die Institutionen der Freihandelsideologie. Das aber setzt sich nicht nur mit dem richterlichen Rechtsprechungsmonopol des Grundgesetzes, sondern auch mit dem Grundsatz der Autonomie des Unionsrechts in Widerspruch. Der grundrechtliche Kerngedanke, dass "Eigentum verpflichtet", wird durch diese ISDS-Verfahren ausgehebelt.

Der hier verlinkte Artikel kann inzwischen nur mit einem OnlineAbo aufgerufen werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Spiegel-online: **Freihandelsabkommen TTIP: Gutachten stuft Schiedsgerichte als verfassungswidrig ein**

Die in den geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada, TTIP und CETA, vorgesehenen [Schiedsgerichte sind einem Gutachten zufolge verfassungswidrig](#). Die Professorin für Öffentliches Recht der Münchner Universität der Bundeswehr, Kathrin Groh, hat es im Auftrag des 'Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland' (BUND) angefertigt. "Eine Flucht aus der deutschen Gerichtsbarkeit" mittels einer Vereinbarung über Schiedsgerichte begegne "durchgreifenden rechts- und verfassungsstaatlichen Bedenken", erklärte Groh am 06.05. in Berlin. Die deutsche Justiz müsse das "letzte Wort haben", auch und gerade bei Schadensersatzforderungen ausländischer Investoren gegen den deutschen Staat, erklärte Groh.

[Inhalt](#) ↑

- Alexandra Endres und Lukas Koschnitzke: **Wie Konzerne Staaten vor sich hertreiben**

Es gibt viele Gründe, aus denen Investoren immer häufiger vor ein internationales Schiedsgericht ziehen und Staaten verklagen. 58 neue Streitfälle hat die 'Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung' (Unctad) im Jahr 2012 gezählt, mehr als je zuvor. Insgesamt hatte die Unctad [Ende 2012 genau 514 Fälle von Investorenklagen erfasst](#), schon abgeschlossene Verfahren inklusive. Deutsche Unternehmen zogen insgesamt 27-mal vor ein Schiedsgericht. US-Konzerne 123-mal. Am häufigsten befasst sich das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten ICSID mit den Klagen, ein Schiedsgericht der Weltbank. Andere laufen über UNCITRAL, eine Kommission der Vereinten Nationen. 'Die Zeit' stellt vier interessante Fälle vor: Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland, Philip Morris gegen Uruguay, Investoren gegen Argentinien sowie Chevron gegen Ecuador.

[Inhalt](#) ↑

- Solidar-Werkstatt: **TTIP und Geopolitik: Global gegen Protektionismus und staatliches Eigentum**

Die Großkonzerne von USA und EU dominieren zwar noch immer die Weltwirtschaft, sehen sich aber unter wachsendem Druck durch Schwellenländer, insbesondere von China. [Mit TTIP soll die unumschränkte Vorherrschaft des Westens wiederhergestellt werden](#). Der 'European Round Table of Industrialists' und der 'US-Business Round Table', zwei exklusive Lobbyverbände der Großkonzerne, fordern einen raschen Abschluss des EU/US-Freihandelsabkommens, um "die Handelsbarrieren weltweit zum Einsturz zu bringen", nicht nur zwischen EU und USA. Durch TTIP soll eine "dynamische Umgebung" geschaffen werden, "um die Märkte in anderen Staaten zu öffnen", insbesondere in jenen "aufstrebenden Ländern, die nicht die Grundsätze oder Strukturen teilen, die Grundlage für Freihandel sind und auch kein Interesse an neuen markttöffnenden Initiativen zeigen". "Protektionistische Industriepolitik, staatliches Eigentum an Unternehmungen" sollen unterbunden werden, um ein Erstarken dieser Länder zu verhindern - wohlwissend, dass auch die heute starken Industrienationen nur durch Protektionismus groß geworden sind. Roland Koch, früher Ministerpräsident von Hessen, danach in der Privatindustrie tätig, spricht diese geopolitische Kampfansage durch Abkommen wie TTIP offen aus: Mit TTIP soll verhindert werden, dass Alternativen zur enthemmten Konzern- und Konkurrenzökonomie von EU und USA aufkommen können. Die neoliberalen Spielregeln sollen globaler Standard werden. Es gilt nur das Kriterium "absoluter Freihandel", und "Demokratie spielt keine Rolle".

[Inhalt](#) ↑

- Werner Wüthrich: **Islands Weg aus der Finanzkrise**

Entscheidend für die Rettung von Island in der jüngsten globalen Finanzkrise war die Stimme und die Tatkraft des Volkes. So wurden in zwei Volksabstimmungen entscheidende Weichen

gestellt. Die Bevölkerung wehrte sie sich erfolgreich gegen Versuche von Großbritannien, die Isländer in die Terrorecke zu drängen und sämtliche Bankguthaben von Isländern in Großbritannien einzufrieren. Zum anderen haben die Isländer die Ärmel hochgekrempelt und ihre Volkswirtschaft wieder auf Vordermann gebracht. Die Bevölkerung sorgte auch dafür, dass die verantwortlichen Bankmanager keine hohen Abgangsentschädigungen bekamen; vielmehr wurden etliche wegen Wirtschaftskriminalität verurteilt.

Die drei "neuen", massiv geschrumpften Banken erfüllen darin ihre traditionelle Aufgabe. Zudem führte der massive Einbruch der isländischen Krone nicht in den Untergang (wie manche Finanzpropheten geunkt hatten), sondern er war die entscheidende Voraussetzung für die schnelle Erholung. Heute hat sich die isländische Krone mit einem Minus von etwa 30% gegenüber der Vorkrisenzeit stabilisiert. [Der erfolgreiche isländische Weg aus der Bankenkrise](#) unterscheidet sich vom zentralistischen Weg der Bankenrettung und "Schuldenbewirtschaftung" der EU, bei dem bankrotte Banken künstlich am Leben gehalten werden und die Steuerzahler haften. Andere Länder sollten sich davon inspirieren lassen!

[Inhalt](#) ↑

● Karl-Heinz Roth: **Die griechische Tragödie und die Krise Europas**

Roth beschreibt und analysiert die Hintergründe der Krise: Er beginnt mit der Beschreibung der Folgen der Aufnahme Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft 1981. Als sich Griechenland 1992 den sogenannten Konvergenz-Kriterien des Maastricht-Vertrags unterordnete sowie seine Zinssätze, die Wechselkurse sowie die Obergrenze der Staatsverschuldung an die EU-Normen anpassen musste, drehte sich die Leistungsbilanz ins Minus und ein erster verdeckter Anstieg der Staatsschulden folgte. 2001 wurde Griechenland in die Euro-Zone aufgenommen, obwohl es den Konvergenzkriterien nicht genügte. Aber Griechenland sollte ein bedeutender Eckpfeiler für die Aufnahme des Balkans in die EU sein, nachdem Jugoslawien 1999 durch die NATO zerstört wurde. In der Euro-Zone kamen die griechischen Eliten aus Wirtschaft und Politik an billige Kredite.

Nun begannen die europäischen und griechischen Eliten sich auf dem Rücken des griechischen Volkes zu bereichern. Seine Beschreibung des immer weiter zurückgefahrenen Gesundheitssystems, die enorme Zunahme der Selbstmordrate, das Runterfahren der Löhne liest sich wie eine Schreckensgeschichte. Mit den sinkenden Exporten setzte auch eine schleichende Entindustrialisierung der binnenwirtschaftlich ausgerichteten Sektoren mit entsprechenden Folgen für die Beschäftigung ein. Die damalige Regierung Papandreou sah die Möglichkeit zur Konsolidierung des Staatshaushalts und zur Verhinderung des Zusammenbruchs der Banken in Darlehen von der EU, die den IWF dazu holte. [Die mit den Darlehen verbundenen Bedingungen bedeuten bis heute den tragischen Weg in die Massenarmut](#), während die Eliten ihr Vermögen im Ausland sichern. Griechenland ist zu einem Protektorat der EU verkommen. - Roth geht auch auf die speziellen Beziehungen zwischen der BRD und Griechenland ein. - *Obwohl 2013 verfasst, ist die Analyse noch sehr zutreffend (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

● Maren Christoffer: **Warum JP Morgan 10'000 Tonnen Silber anhäuft**

Der Blog 'traderforum.de' meldet: [Die Großbank JP Morgan häuft Silber an](#). Keiner weiß genau wie viel, aber Schätzungen reichen bis zu 10'000 Tonnen des Edelmetalls. Was planen die Amerikaner? Bradford Cooke, CEO von Endeavour Silver, erklärt den Kaufrausch: Auch wenn die Börsen weltweit seit vergangener Woche einbrechen, sind die Aktienmärkte dennoch in einem beispiellosen Rekordlauf. Der kann nicht ewig weitergehen und deswegen bereiten sich Investoren schon auf den nächsten Absturz vor: Sie stecken ihr Geld in Gold, Silber und andere Edelmetalle. Ihre Preise sind aktuell sehr niedrig.

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.